

Newsletter 12/2007

Aus Politik und Verbänden

- Geteilte Meinungen zu Ergebnissen der Weltklimakonferenz auf Bali 2
- Eckpunkte zur EnEV 2009 beschlossen 2
- Details der Novelle zur 1. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) 3
- BMU: Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien im Wärmemarkt 4
- Hamburger Senat beschließt neue verbindliche Wärmeschutzstandards 5

Zukunft Haus: Projekte für Energieeffizienz

- dena-Modellprojekt „Niedrigenergiehaus im Bestand“ erhält Auszeichnung der tandortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ 5
- Energiesparen muss nicht viel kosten 6
- Mehr Unabhängigkeit von Öl und Gas 7

Publikationen

- Green Building – Konzepte für nachhaltige Architektur 8

Preise und Statistik

- Heizölpreis in Deutschland im November auf Rekordhoch 9

Veranstaltungen

- Veranstaltungskalender 9

Impressum

10

Geteilte Meinungen zu Ergebnissen der Weltklimakonferenz auf Bali

Auf der am Freitag zu Ende gegangenen Weltklimakonferenz haben sich 187 Länder auf Verhandlungen für einen neuen Weltklimavertrag geeinigt. Bis Ende 2009 soll das Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll verabschiedet werden.

Allerdings wurden vor allem auf Drängen der USA keine konkreten Ziele für die Minderung der Treibhausgase festgelegt. Sie sind jedoch indirekt in einer Fußnote angemerkt. Darin erkennen diese Staaten mit ausdrücklichem Hinweis auf den IPCC-Bericht an, dass die Industrieländer bis 2020 ihre Emissionen um 25 bis 40 Prozent senken müssen.

Um ein wirksames Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls auf den Weg zu bringen, muss laut dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in den nächsten zwei Jahre intensiv und zielorientiert verhandelt werden.

Als Riesenfortschritt bezeichnete das Bundesumweltministerium (BMU) die erstmalige Zustimmung der Entwicklungsländer, die weit weniger zu den Ursachen des Klimawandels beigetragen haben, ihrerseits weitergehende Maßnahmen zur Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes zu ergreifen.

Geeinigt wurde sich auf die Einrichtung eines globalen Fonds, der Entwicklungsländern helfen soll, die Folgen der Erderwärmung zu bewältigen. Erwartungsgemäß wird der Anpassungsfond in den nächsten Jahren eine Größenordnung von mehreren Hundert Millionen US-Dollar erreichen.

Bei den Verhandlungen zur Vermeidung der Entwaldung in Entwicklungsländern, die gegenwärtig etwa mit 20 Prozent zu den globalen Treibhausgasemissionen beiträgt, gab es leider keine Einigung. So werden entsprechende Maßnahmen dagegen erst Teil eines neuen Klimaschutzabkommens nach 2012 sein.

Geteilte Meinungen zu den Ergebnissen der Weltklimakonferenz gab es bei den politischen Akteuren: „Schaut man sich an, woher wir kommen, ist das ein Riesenschritt nach vorne“, zog Bundesumweltminister Gabriel in der ARD ein gemischtes Resümee. „Schaut man sich’s an von der Perspektive, was nötig wäre, ist das unzureichend.“ Bundeskanzlerin Merkel hatte am Samstag die Ergebnisse als „großen Erfolg“ bezeichnet: „Ich bin fest davon überzeugt, dass sich das Mandat von Bali schon bald als wegweisend und weichenstellend erweisen wird.“ Demgegenüber sprach Umweltstaatssekretär Michael Müller von einem „Trauerspiel“ und einem „gigantischen Versagen der Weltgemeinschaft“.

[Ausführliche Meldungen auf den Seiten des WBGU und des BMU](#)

Eckpunkte zur EnEV 2009 beschlossen

Verschärfung der energetischen Anforderungen um durchschnittlich 30 Prozent geplant. Fahrplan sieht Inkrafttreten zum 1. Januar 2009 vor.

Die Bundesregierung hat im August 2007 in Meseberg mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) 29 Eckpunkte festgelegt, um den Klimaschutz in Deutschland zu stärken. Am 5. Dezember hat das Bundeskabinett ein umfangreiches Paket mit 14 Gesetzen und Verordnungen beschlossen, in denen bereits ein Großteil der Beschlüsse von Meseberg umgesetzt wird. Zur Weltklimakonferenz auf Bali konnte damit von der deutschen Bundesregierung ein sehr ambitioniertes Energie- und Klimaprogramm präsentiert werden. Mit diesem Programm sollen die gesetzten Klimaziele in einem kontinuierlichen Prozess bis zum Jahr 2020 erreicht und die hierfür erforderlichen Maßnahmen kosteneffizient ausgestaltet werden.

Als Maßnahme im Gebäudebereich ist u. a. die Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) von zentraler Bedeutung. Das Bundeskabinett hat am 05. Dezember 2007 für die erste Stufe folgende Eckpunkte der Novellierung der EnEV 2009 beschlossen:

- ➔ Die primärenergetischen Anforderungen an Gebäude werden um durchschnittlich 30 Prozent verschärft.
- ➔ Nachtstromspeicherheizungen sind stufenweise bis 2020 außer Betrieb zu nehmen. Der

Energie sparen. Wert gewinnen.

erforderliche Austausch wird im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm nach Maßgabe der durch den Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel gefördert.

- Bis zum Frühjahr 2008 wird in einer zweiten Stufe das Rechenwerk der EnEV an die neuen energetischen Anforderungen angepasst. Für Wohngebäude wird darüber hinaus eine Umstellung der Bilanzierung auf die bisher nur für Nichtwohngebäude geltende DIN V 18599 – mit deutlich vereinfachten Randbedingungen – diskutiert.

Der Entwurf der EnEV 2009 wird dem Bundeskabinett am 21. Mai 2008 zum Beschluss vorgelegt. Anschließend geht die Verordnung zur Zustimmung in den Bundesrat, um am 01. Januar 2009 in Kraft zu treten.

Das gewählte zweistufige Verfahren soll frühzeitig Planungssicherheit für alle Baubeteiligten schaffen und es ermöglichen, dass die EnEV 2009 zeitgleich mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz am 1. Januar 2009 in Kraft treten kann.

Details der Novelle zur 1. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV)

In Deutschland gibt es etwa 30 Mill. Kleinfeuerungsanlagen, statistisch besitzt jeder sechste Deutsche eine Holzfeuerungsanlage. Solche häuslichen Öfen und Kamine gaben im Jahr 2005 rund 24.000 Tonnen Staub an die Luft ab – die Novelle zur BImSchV soll diese Emissionen deutlich senken.

Kleine und mittlere Feuerungsanlagen, zu denen Heizungsanlagen und Einzelraumfeuerungsanlagen wie Kaminöfen, Kachelöfen, Herde und offene Kamine zählen, werden in der Bundesimmissionsschutzverordnung (1. BImSchV) geregelt. Diese Verordnung regelt, unter welchen Bedingungen die Anlagen aufgestellt und betrieben werden dürfen, welche Grenzwerte für Schadstoffemissionen eingehalten werden müssen und in welchen Intervallen die Anlagen überprüft werden müssen.

Nun ist eine Novellierung der Verordnung vorgesehen, da die Grenzwerte der jetzigen BImSchV noch aus dem Jahr 1988 stammen. Hauptziel der Novelle ist eine deutliche Reduzierung der Feinstaubemissionen mit einer neuen Generation von Feuerungsanlagen sowie die Einbeziehung von bestehenden Anlagen in das Gesamtkonzept des Gebäudes. Mit einer Novellierung der 1. BImSchV, wie sie derzeit geplant ist, würde es bereits etwa ab 2012 zu einer Reduzierung der Staubbelastung kommen: Bis zum Jahr 2025 würden die Emissionen nach Angaben des BMU auf rund 10.000 Tonnen pro Jahr sinken, dies entspräche einem Rückgang von knapp 60 Prozent.

Die wesentlichen Inhalte des Referentenentwurfs zur Novellierung:

- Der **Anwendungsbereich der Verordnung** soll erweitert werden. Bisher reglementiert die 1. BImSchV nur Heizungsanlagen für feste Brennstoffe wie Holz mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 15 Kilowatt sowie Öl- und Gasheizungsanlagen von mehr als 11 Kilowatt. Da sich der Wärmeschutz von Gebäuden zunehmend verbessert und Heizungsanlagen effizienter arbeiten, werden immer mehr kleine Anlagen eingebaut. Die novellierte Verordnung soll daher zukünftig auch für Anlagen ab 4 Kilowatt gelten.
- **Neue Einzelraumfeuerungsanlagen** für feste Brennstoffe wie Kachelöfen oder Heizkamine sind derzeit in der 1. BImSchV nicht geregelt. Die Novelle sieht eine Typenprüfung für alle neuen Einzelraumfeuerungsanlagen vor, bei der untersucht wird, ob die Emissionsgrenzwerte und Mindestwirkungsgrade eingehalten werden.
- **Bestehende Einzelraumfeuerungsanlagen** für feste Brennstoffe, die bestimmte Grenzwerte nicht einhalten, sollen nach einem langfristig angelegten Zeitplan bis 2024 nachgerüstet oder außer Betrieb genommen werden. D. h. beispielsweise, dass eine Anlage von 1990 ab dem Jahr 2020 von der Nachrüst- bzw. Austauschpflicht betroffen wäre.

Zeitplan zur Außerbetriebnahme bzw. zur Nachrüstung bestehender Anlagen:

Zeitpunkt der Typenprüfung (lt. Typenschild)	Zeitpunkt der Nachrüstung bzw. Außerbetriebnahme
Vor dem 01.01.1975 oder Jahr der Typenprüfung nicht mehr feststellbar	31.12.2014
01.01.1975 - 31.12.1984	31.12.2017
01.01.1985 - 31.12.1994	31.12.2020
01.01.1995 bis zum Inkrafttreten der Verordnung	31.12.2024

Für **Neubauten** werden die Grenzwerte für Staub und Kohlenmonoxid in zwei Stufen verschärft – in der 1.Stufe mit Inkrafttreten der Verordnung und in einer 2.Stufe ab dem Jahr 2015.

Stufe 1: Grenzwerte, die nach dem heutigen Stand der Technik von modernen Anlagen eingehalten werden können.

Stufe 2: Grenzwert für Staub: 20mg/m³; modernste Anlagen können bereits heute diesen Wert einhalten.

Für **bestehende Heizungsanlagen** für Festbrennstoffe werden Übergangsfristen in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Markteinführung der Anlage definiert. Heizkessel, die bis zum 31.12.1994 errichtet wurden, müssen ab dem 01.01.2015 die Grenzwerte der Stufe 1 einhalten. Für später errichtete Anlagen gilt diese Stufe ab dem 01.01.2019. Können Emissionsgrenzwerte nach Ablauf der Übergangsfrist nicht eingehalten werden, muss die Anlage ausgetauscht werden.

Nicht alle Öfen sind von der Verordnung betroffen: Offene Kamine, private Kochherde, Backöfen, Badeöfen und Öfen mit Baujahr vor 1950 sind von den Änderungen ausgenommen.

Die Novellierung soll im Sommer 2008 in Kraft treten – vorausgesetzt, das Kabinett stimmt im Januar 2008 den Änderungen der Verordnung zu.

BMU: Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien im Wärmemarkt

Das Bundesumweltministerium gibt bekannt, dass das Fördervolumen im Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien im Wärmemarkt ab 2008 wieder deutlich erhöht wird.

Das Marktanreizprogramm dient der Unterstützung von Projekten zur Nutzung regenerativer Energiegewinnung. Abhängig von der eingesetzten Technik können Antragsteller bestimmte Förderbeiträge beantragen. Im Jahr 2007 hatte das Programm ein Fördervolumen von 213 Millionen Euro. Ab 2008 wird das Fördervolumen auf 350 Millionen Euro erhöht, wobei das Marktanreizprogramm mit modifizierten Schwerpunkten versehen wird. Dabei können mit einem Bonussystem deutlich höhere Förderbeträge erreicht werden als bisher. Das Bonussystem zielt darauf ab, besonders innovative und energieeffiziente Techniken zu unterstützen. Dazu zählen beispielsweise die Kombination verschiedener Energieerzeugungstechniken, große Solarkollektor-Anlagen oder Biomassekessel mit hochwirksamen Staubfiltern. Neu eingeführt wurden Zuschüsse für effiziente Wärmepumpen.

Weiterhin wurde die gewerbliche Förderung für Investitionen in Erneuerbare Energien ausgebaut. Dabei werden wie bisher große Biomasse-Anlagen, große solarthermische Anlagen, Nahwärmenetze und Tiefengeothermie-Anlagen gefördert. Ab 2008 kommt die Förderung von großen Wärmespeichern, Anlagen zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität und Biogasleitungen hinzu.

Die [Pressemeldung beim Bundesumweltministerium](#)

Hamburger Senat beschließt neue verbindliche Wärmeschutzstandards

Der Hamburger Senat hat eine neue Klimaschutzverordnung beschlossen. Sie ist Teil des Klimaschutzkonzepts Hamburg und setzt energetische Standards für Baumaßnahmen, die über die bundeseinheitliche Energieeinsparverordnung hinausgehen.

Der Senat des Landes Hamburg hat sich zum Ziel gesetzt, zukunftsgerichtete Standards bei Neubauten zu etablieren. Dabei setzt man auf eine Kombination von Energieeinsparung, effizienter Energieumwandlung und der Nutzung Erneuerbarer Energien.

Die Anforderungen der Klimaschutzverordnung sind so gestaltet, dass durch Wärmeschutzmaßnahmen und durch Einsatz effizienter Heizungsanlagen ein Primärenergieverbrauch erreicht wird, der 30 Prozent unter den Vorgaben der bundeseinheitlichen Energieeinsparverordnung liegt. Weiterhin darf der spezifische Transmissionswärmeverlust (HT') den Wert 0,38 W/m²K nicht überschreiten. Zum Vergleich: Die in der EnEV festgelegte Maximalanforderung liegt bei 0,45 W/m²K.

Die [Pressemeldung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt des Hamburger Senats](#)

dena-Modellprojekt „Niedrigenergiehaus im Bestand“ erhält Auszeichnung der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“

Das dena-Modellprojekt „Niedrigenergiehaus im Bestand“ zur energetischen Gebäudesanierung wurde am 3. Dezember als „Ausgewählter Ort 2007“ ausgezeichnet.



Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena), Karin Roth, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Helmut Tusch, Deutsche Bank, Repräsentant der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ (v.l.n.r.)

Bei einem Festakt im Rahmen der dena-Dialog Veranstaltungsreihe in Hannover nahmen dena-Geschäftsführer Stephan Kohler und Karin Roth, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Auszeichnung der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ gemeinsam entgegen.

Das dena-Projekt, das auf eine Initiative des Rats für Nachhaltigkeit zurückgeht, zeigt anhand von bundesweit mehr als 250 Best-Practice-Beispielen, dass bei ungesanierten Häusern Energieeinsparungen von durchschnittlich 85 Prozent möglich sind – sowohl bei Einfamilienhäusern der 60er oder 70er Jahre als auch bei Gründerzeitbauten, Plattenbauten oder sogar denkmalgeschützten Fachwerk-

häusern. Bei der Podiumsdiskussion anlässlich der Verleihung, an der auch Helmut Tusch, Deutsche Bank und Repräsentant der Standortinitiative sowie der Erste Stadtrat von Hannover, Hans Mönninghoff, teilnahmen, machte Kohler deutlich, dass die Zukunft im Bestand liegt. „Energieeffizienz im Gebäudebestand kann von allen Verbrauchssektoren den größten Einzelbeitrag zum Klimaschutz leisten und birgt außerdem ein immenses Potenzial für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit unseren Sanierungsprojekten erproben wir innovati-

ve technische Standards in der Praxis und etablieren sie mittelfristig am Markt“, so Kohler. Staatssekretärin Roth lobte insbesondere den Vorbildcharakter der praktischen Beispiele: „Nur so können wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern überzeugend vermitteln, dass sich Investitionen in die Gebäudeenergieeffizienz lohnen.“

Das dena-Modellprojekt hatte sich als eine von über 1.500 Einreichungen am Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ beteiligt, der gemeinsam von der Deutschen Bank und der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ durchgeführt wird. Ziel der Initiative ist es, im In- und Ausland ein Bild von Deutschland als innovatives und weltoffenes Land zu vermitteln, Schirmherr ist Bundespräsident

Zur [Projektseite des dena-Modellvorhabens „Niedrigenergiehaus im Bestand“](#)

Energiesparen muss nicht viel kosten

In den letzten zehn Jahren haben sich die Heizkosten im Durchschnitt fast verdoppelt und werden voraussichtlich auch weiterhin steigen. Energiesparen wird daher immer wichtiger, um den eigenen Geldbeutel zu schonen.

Bereits durch richtiges Heizen und Lüften sowie einige kostengünstige Maßnahmen kann ein Durchschnittshaushalt mit 4 Personen* rund 800 Euro Heiz- und Stromkosten im Jahr sparen. Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) hat die wichtigsten Energiespartipps zusammengestellt:

Richtige Raumtemperatur wählen: Die optimale und angenehme Raumtemperatur liegt in Wohnräumen bei 19 bis 20 Grad und sollte in der Nacht um vier Grad abgesenkt werden. Jedes Grad darüber erhöht die Heizkosten um ca. sechs Prozent – Geld, das sich problemlos sparen lässt. Schlafzimmer und Flure können deutlich kühler sein – jedoch nicht unter 16 Grad, sonst könnte Feuchtigkeit an den Außenwänden kondensieren. Tagsüber sollten die Türen zwischen warmen und kühlen Räumen geschlossen gehalten werden. Beim Verlassen der Wohnung sollte die Heizung nur runtergeregelt, aber nicht komplett ausgeschaltet werden.

Sinnvoll Lüften: Beim Dauerlüften über gekippte Fenster geht viel Energie verloren. Besser mehrmals täglich Stoßlüften – im Winter 5-10 Minuten und dabei die Heizkörperventile schließen. Geschlossene Gardinen oder Rollläden schützen vor Wärmeverlusten in der Nacht.

Wärmestau vermeiden: Heizkörper müssen die Wärme frei an die Raumluft abgeben können. Deshalb dürfen sie nicht durch Vorhänge oder Möbel verstellt werden. Eine zusätzliche Dämmung der Wand hinter dem Heizkörper ist in vielen Fällen sinnvoll.

Heizkörper entlüften: Heizkörper können nicht optimal funktionieren, wenn sich Luft in ihnen angesammelt hat. Mit einem Entlüftungsschlüssel aus Baumarkt oder Fachhandel lässt sich der Heizkörper schnell entlüften.

Standby-Modus ausschalten: Wer bei Fernseher und Co. den Standby-Modus ausschaltet, kann bei einem Strompreis von 20 Cent pro Kilowattstunde jährlich etwa 70 Euro einsparen. Mit einer schaltbaren Steckdosenleiste lassen sich Geräte, die nicht gebraucht werden, besonders leicht abschalten.

Thermostatventile einsetzen: Die Ventile sorgen dafür, dass sich die Leistung der Heizkörper an der Raumtemperatur orientiert. Das verhindert ein Überheizen der Räume.

Heizungs-Einstellung: Wenn Heizkörper „gluckern“ oder Wärme ungleichmäßig abgeben, ist meist die Heizungsanlage falsch eingestellt. Der Einbau einer stärkeren Heizungspumpe oder eine Erhöhung der Vorlauftemperatur ist in solchen Fällen ein weit verbreitetes Mittel, führt aber zu einem höheren Energieverbrauch und steigenden Kosten. Besser: eine gründliche Heizungs-Überprüfung vom Fachmann. Mit einem sogenannten „hydraulischen Abgleich“ sorgt er dafür, dass sich das Heizungswasser gleichmäßig verteilt und alle Räume bedarfsgerecht mit Wärme versorgt werden.

Rohrleitungen dämmen: Laufen Heizungsrohre durch kalte Räume – z.B. im Keller – kühlen sie aus und verlieren einen Teil der zuvor erzeugten Wärme. Eine Dämmung der Warmwasserleitungen im Keller sorgt dafür, dass die Wärme möglichst verlustfrei die Heizkörper erreicht.

Fenster und Türen abdichten: Durch undichte Türen und Fenster schleichen sich Feuchtigkeit und Kälte in Haus und Wohnung. Einfache und effektive Abhilfe gegen feuchte Zugluft bieten selbstklebende Dichtungen zum Abdichten von Fenstern und Türen, die man im Baumarkt bekommt.

Energiesparlampen verwenden: Wer Energiesparlampen nutzt, kann seine Stromkosten für Beleuchtung um bis zu 80 Prozent senken. Als Faustregel gilt: Ersetzt man eine 60 Watt Glühlampe durch eine 11 Watt Energiesparlampe – kann man über die gesamte Lebensdauer der Lampe 90 Euro Stromkosten einsparen. Obwohl Glühlampen im Vergleich deutlich billiger sind, erweisen sich Energiesparlampen aufgrund ihrer längeren Lebensdauer und ihres deutlich geringeren Stromverbrauchs auf lange Sicht als wesentlich günstiger.

Energieeffiziente Haushaltsgroßgeräte: Wer bereits bei der Anschaffung von Kühlschrank, Waschmaschine & Co. auf effiziente Geräte setzt, kann jährlich rund 70 Euro an Stromkosten einsparen. Denn je älter die eigenen Haushaltsgroßgeräte sind, desto höher ist der Stromverbrauch. So verbraucht beispielsweise ein neuer Kühlschrank im Vergleich zu älteren Modellen um bis zu 75 Prozent weniger Strom.

* Berechnung Heizkosten: Einfamilienhaus, 150m², unsaniert, 4-Personen-Haushalt bei angenommenen Heizkosten von 2.700 €/Jahr. Berechnung Stromkosten: durchschnittlicher Vier-Personen-Haushalt, Verbrauch 4500 kWh/Jahr bei einem Strompreis von 20 Cent/kWh.

(Abdruck frei. Quelle: dena).

Mehr Unabhängigkeit von Öl und Gas

Rund 4.500 Liter Heizöl – soviel verbraucht eine vierköpfige Familie pro Jahr in einem älteren, schlecht gedämmten Einfamilienhaus. Umgerechnet ca. 3.000 Euro stehen damit auf der Heizkostenrechnung und in Zukunft vielleicht noch deutlich mehr.

Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) in Berlin, kennt den Weg aus der Kostenfalle: „Wer Kostensicherheit will, muss mit Effizienzmaßnahmen den Energiebedarf seines Hauses senken.“ Um bis zu 85 Prozent könne eine energetische Modernisierung – Dämmung, Wärmeschutzfenster und moderne Heizungstechnik – den Energiehunger älterer Häuser reduzieren. „Wer zusätzlich auf Erneuerbare Energien umsteigt, kann steigenden Öl- und Gaspreisen gelassener entgegen sehen“, empfiehlt der dena-Chef.

Wärmeenergie aus Solaranlagen, Pelletheizungen und Wärmepumpen spart nicht nur Heizkosten, sondern hilft auch den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und das Klima zu schützen. Daher plant die Bundesregierung, Gebäudeeigentümer in bestimmten Fällen per Gesetz zur Nutzung der Erneuerbaren zu verpflichten. Die Regelungen im Detail werden derzeit in Berlin diskutiert.

Wie können Hauseigentümer Erneuerbare Energien nutzen und was bringen sie?

Solarwärme – der „Allrounder“

Solarthermische Anlagen nutzen die Sonnenstrahlung zur Wassererwärmung. Im Jahresdurchschnitt liefern sie rund 60 Prozent der für warmes Wasser benötigten Energie, in den Sommermonaten in der Regel sogar 100 Prozent. Die Heizung kann dann komplett ausgeschaltet werden. Größere Solarwärmeanlagen können zudem in Frühjahr und Herbst die Raumheizung unterstützen und so in einem energieeffizienten Haus bis zu 20 Prozent der insgesamt benötigten Heizenergie liefern. Die Anlagen lassen sich mit allen marktüblichen Heizungen kombinieren, können aber nicht allein verwendet werden. Optimale Voraussetzungen für einen guten Solarertrag bietet eine nach Süd-West bis Süd-Ost ausgerichtete, unverschattete Dach- oder Fassadenfläche. Rund 4.000 Euro muss man für eine kleine Solarwärmeanlage zur Wassererwärmung einplanen, weitere 4.000 Euro für die zusätzliche Heizungsunterstützung. Tipp: Am besten im Zuge einer Heizungsmodernisierung einbauen.

Holzpellets – komfortabler Klimaschutz

Eine gute Alternative zur Gas- oder Ölheizung ist die Holzpellettheizung. Sie verbrennt kleine Holzpresslinge, die Pellets. Diese geben bei der Verbrennung nicht mehr CO₂ ab, als der Baum bei seinem Wachstum aufgenommen hat und gelten daher als klimaneutral. Moderne Pellettheizungen sind hochkomfortabel: Der Brennstoff wird genau wie Öl von einem Tankwagen angeliefert, lagert in einem Silo oder Vorratsraum und wird automatisch zum Heizkessel transportiert. Bislang sind Pellets deutlich preisgünstiger als Öl oder Gas. Mit wachsender Nachfrage werden in den nächsten Jahren aber vermutlich auch die Pelletpreise steigen. Langfristig geringe Energiekosten kann eine Pellettheizung daher auch nur in einem energieeffizienten Haus garantieren. Die Anschaffungskosten für eine Zentralheizung mit Pellets liegen zwischen 10.000 und 14.000 Euro.

Wärmepumpen – Heizung ohne Feuerstelle

Mehr Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen bringen auch Wärmepumpen: Sie entziehen z.B. der Erde die gespeicherte Sonnenwärme und transportieren sie ins Haus. Besonders effizient arbeiten sie in Kombination mit Fußboden- oder Wandheizungen: Diese geben über eine große Fläche Wärme ab und kommen so mit geringeren Heiztemperaturen aus als normale Heizkörper. In der Folge muss auch die Wärmepumpe weniger Leistung bringen. Da Wärmepumpen Strom benötigen, ist eine gute Planung und Einstellung wichtig. Die Pumpe sollte mindestens drei bis dreieinhalb mal soviel Wärmeenergie bereitstellen, wie sie an elektrischer Energie für den Betrieb benötigt. Die Investitionskosten für die besonders effizienten Erdwärmepumpen liegen zwischen 16.000 und 20.000 Euro.

Staatliche Förderung nutzen

Der Staat fördert die energiesparende Sanierung mit Erneuerbaren Energien durch verschiedene Förderprogramme. Die KfW Förderbank und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bieten Zuschüsse und zinsgünstige Finanzierungskredite an. Einen kostengünstigen Einstieg in die energiesparende Sanierung bietet der Energieausweis für Gebäude. Er gibt Aufschluss über die energetische Qualität des Hauses und enthält erste Sanierungsempfehlungen. Zudem bieten Energieberater eine genaue Gebäudeanalyse mit Erstellung eines umfangreichen Sanierungsfahrplans an. Das BAFA bezuschusst diese ausführliche Energieberatung im Rahmen des „Vor-Ort-Programms“.

Weitere Informationen zur energieeffizienten Sanierung und zu Erneuerbaren Energien gibt es im Internet unter www.zukunft-haus.info/erneuerbare.

Publikation Green Building – Konzepte für nachhaltige Architektur

Leitfaden für das Planen, Bauen und Betreiben von nachhaltigen Gebäuden erschienen.

Das Handbuch und Nachschlagewerk „Green Building“ liefert ausführliche Informationen, wie bei Planung, Bau und Betrieb von nachhaltigen Gebäuden energieeffizient und wirtschaftlich vorgegangen werden kann. Die Autoren von DS-Plan (Drees & Sommer AG) erläutern die Ziel- und Bewertungskriterien für Nachhaltigkeit und erweitern den Blickwinkel für ökologische Gebäude.

Die Dokumentation prominenter Bauten wie das Kunstmuseum in Stuttgart oder die Europäische Investitionsbank in Luxemburg zeigen, wie Nachhaltigkeit in der Praxis umgesetzt werden kann. Eine Vielzahl von Fotos sowie Interviews mit Architekten und Bauherren runden das Werk ab.

Autoren: Michael Bauer, Peter Möslle, Michael Schwarz: Green Building.

Titel: Konzepte für nachhaltige Architektur

Verlag: Callwey GmbH & Co. KG, 2007

Format: gebunden, 208 Seiten, 144 Fotos, 270 Grafiken, Tabellen und Pläne

Preis: 88,- Euro

ISBN 978-3-7667-1703-0

Zur Bestellung beim Verlag Callwey

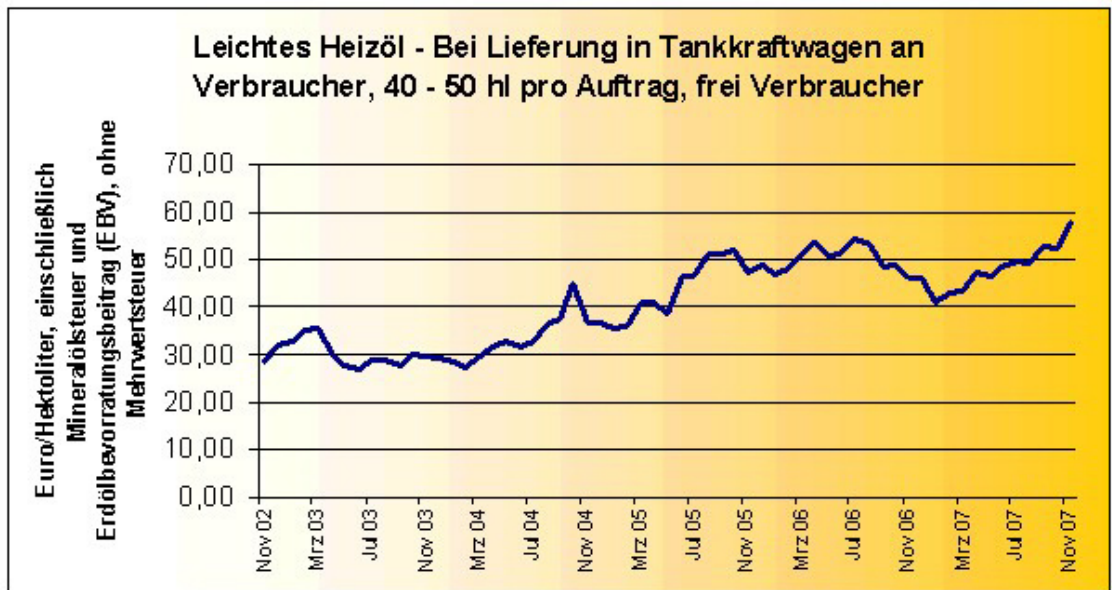


Heizölpreis in Deutschland im November auf Rekordhoch

Der aktuell veröffentlichte, durchschnittliche Heizölpreis des Statistischen Bundesamtes für die sogenannte „Rheinschiene“ ist im November auf 57,84 Euro je Hektoliter gestiegen (Monatsmittelwert) und erreicht damit sein bisher höchstes Niveau.

Mit dieser deutlichen Steigerung von rund 10 Prozent im Vergleich zum Oktober dieses Jahres und 25 Prozent zum Vorjahresmonat folgt der Heizölpreis den Höchstmarken, die der Rohölpreis in den letzten Monaten erreichte.

Die Angaben sind die Indexwerte für die sogenannte „Rheinschiene“. An diesen Preis sind vielfach Preisänderungsklauseln von Gas- und Wärmelieferverträgen gekoppelt.



Termin	Titel	Veranstalter	Link
08. - 12.01.2008 Essen	DEUBAU 2008 – Internationale Fachmesse für Bau und Ausbau	Messe Essen	Weitere Informationen
10.01.2008 Kassel	Die novellierte Energieeinsparverordnung 2007 – Grundlagen und Anforderungen für die Praxis	ZUB Kassel	Weitere Informationen
11.01.2008 Bonn	Fachkonferenz: Klimaschutz und Energieeffizienz - Kommunale Strategien und Lösungsansätze	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Weitere Informationen
14.01.2008 - 31.03.2008, Lüneburg	energie@home – Interaktive Ausstellung über zukunftsweisende Energietechnik rund um das Haus	Deutsche Bundesstiftung Umwelt / Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Weitere Informationen
18.01.2008 - 27.01.2008, Berlin	nature.tec – Fachschau für Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe auf der Internationalen Grünen Woche 2008	WPR COMMUNICATION GmbH & Co. KG	Weitere Informationen
23.01. - 25.01.2008, Oberstdorf	Allgäuer Bau fachkongress 2008	BaumitBayosan GmbH & Co. KG	Weitere Informationen
25.01.2008 - 26.01.2008, Berlin	Gebäudediagnose idi-al / S-S-P: Methodisch Schwächen und Stärken erkennen, erfassen und darstellen	BAKA e.V.	Weitere Informationen

Termin	Titel	Veranstalter	Link
01.03.2008 - 02.03.2008, Lüneburg	KLIMAWERK-Messe „ALT BAU NEU“ - Fachmesse rund um das Thema energieeffizientes Sanieren und Bauen	Agenda 21 Lüneburg / KLIMAWERK Energiea- gentur GmbH & Co. KG	Weitere Informationen

Impressum

Herausgeber

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
Energieeffizienz im Gebäudebereich
Chausseestr. 128a
10115 Berlin
Tel: 030 / 72 61 65 – 600
Fax: 030 / 72 61 65 – 699
Email: info@dena.de
www.dena.de
www.zukunft-haus.info

Redaktion und Layout

vme - Verlag und Medienservice Energie
Jürgen Pöschk
Körtestr. 10
10967 Berlin
Tel: 030 / 2175 2107
Fax: 030 / 2175 2109
Email: info@vme-energieverlag.de
www.vme-energieverlag.de

© 2006 Deutsche Energie-Agentur GmbH

Alle Rechte sind vorbehalten. Die Nutzung steht unter dem Zustimmungsvorbehalt der dena.